



## Programmthesen für die Bundestagswahl 2021

### Präambel

Wir sind eine demokratische Bewegung, die für die Erneuerung und Modernisierung unserer Gesellschaft eintritt. Wir wirken als tolerante und breite Vereinigung von Menschen aller sozialen Gruppen an der politischen Willensbildung mit und betreiben die aktive Gestaltung unseres Landes unter Einbeziehung der Bürger. Dabei wollen wir eine rationale, auf Wissenschaft gestützte Politik voranbringen, die auf Symbolik verzichten kann und die die notwendigen Schritte zur Bewältigung des gesellschaftlichen und ökologischen Wandels durchsetzt.

Wir wollen, dass Deutschland zukunftsfähig wird, und als Gestalter ein Vorbild für andere Länder ist - eine lebenswerte Zukunft mitgestaltet, die Ökologie und Ökonomie gleichermaßen berücksichtigt.

### Eine neue Politik

Der politische Prozess in Deutschland muss verbessert werden. Gute Ideen, die unsere Gesellschaft voranbringen können, gelangen nicht einmal in den Gesetzgebungsprozess. Die Bürgerbewegung für Fortschritt und Wandel steht dafür ein, guten Ideen wieder mehr Chancen zu geben, positive Veränderungen zu bewirken. Und das wollen wir durch eine neue Politik erreichen, die sich in folgenden drei Schritten darstellt.

#### 1. Mehr interne Kompetenz

Fach- und sachgerechte Entscheidungen sollen und dürfen nicht mehr überwiegend auf Basis von Partikularinteressen getroffen werden. Es gilt es zum einen, die mit Entscheidungen beauftragten Stellen mit mehr eigenen Fachleuten zu besetzen. Dies soll grundsätzlich für alle Funktionsbereiche gelten, insbesondere aber für Führungskräfte. Wir halten es für wichtig, dass Listen und Gremien im Sinne einer aktiven Ermutigung mit Menschen besetzt werden, die berufliche und praktische Sachkunde mitbringen und sie in der politischen Arbeit umsetzen können.

Zugleich gilt es sicherzustellen, dass insbesondere bei Führungskräften das verfügbare Fachwissen auch aktuell ist, um aktuelle Fragestellungen ausreichend zu durchdringen. Wir sehen es als wichtig an, dass insbesondere Amts- und Mandatsträger regelmäßig ihr Fachwissen auffrischen. Wir treten dafür ein, dass Abgeordnete für maximal zwei Legislaturperioden gewählt werden dürfen.

Eine Begrenzung der Wiederwahl kann ein Mittel sein, um der Bildung einer politischen Klasse entgegenzuwirken, die sich wegen der geringen Erfahrung außerhalb des politischen Betriebs leicht von der gesellschaftlichen Realität entfremdet. Darüber hinaus entstehen durch das Berufspolitikertum in seiner heutigen Gestalt Abhängigkeiten und Zwänge, die die unabhängige Entscheidungsfindung beeinträchtigen.

Hieraus ergibt sich für uns auch, dass wir eine politische Karriere in den Stufen Schule - Studium - Bundestag ablehnen. Wir halten es für schädlich, wenn die Bedürfnisse von Betrieben und Gesellschaft nicht durch eigene Erfahrung, sondern nur vermittelt durch die Sichtweisen des

politischen Betriebs in die Entscheidungen einfließen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass niemand ein Amt oder Mandat erhält, der nicht wenigstens 5 Jahre Berufserfahrung sammeln konnte.

## 2. Der Kern der Demokratie

Der Kern der Demokratie wie des Rechtsstaates besteht darin, dass die Entscheidungen nicht in den Händen der unmittelbar Betroffenen liegen. Das Rechtssystem wie die demokratischen Institutionen sind mit dem Ziel zu organisieren, gleichmäßige, sachkundige und berechenbare Entscheidungen herbeizuführen. Dabei müssen die Betroffenen gehört werden, aber deren Willen und Interessen sind nicht absoluter Maßstab. Unter diesem Ziel soll die staatliche Ordnung gestaltet sein.

Wir treten dafür ein, einen neuen Gesellschaftsvertrag für den politischen Prozeß zu schließen, in welchen mehr Elemente der direkten Demokratie einfließen, um eine engere Anbindung der konstitutionellen Organe an die Realität der Bevölkerung zu bewirken.

Zu fällende Entscheidungen von erheblicher Relevanz für viele Bürger könnten zunächst von Gremien vorbereitet werden, die sich aus Fachleuten der folgenden Bereiche zusammensetzen sollten:

- eigene Fachleute aus der politischen Organisation
- Vertreter aus der Wissenschaft
- Vertreter aus Industrie und Gewerbe
- Vertreter aus Betroffenen-Verbänden.

Bei der jeweiligen Zusammensetzung darf auch ein geeignetes Losverfahren zur Anwendung kommen. Neben den Fachleuten sollen auch einige Bürger ohne besondere Expertise im Gremium vertreten sein.

Dieses Gremium bereitet unter Berücksichtigung vorab bestimmter Rahmenbedingungen (z.B. Zeit, Geld, Verfügbarkeit) mehrere alternative Lösungsvorschläge vor, denen jeweils wenigstens 50% der Mitglieder des Gremiums zustimmen.

Diese Vorschläge werden dann, bei klarer Darstellung der jeweilig erkannten Vor- und Nachteile, den Bürgern zur Entscheidung vorgelegt. Wir wollen an dieser Stelle nicht das „Schweizer Modell“ abbilden und sind offen für neue Konzepte der demokratischen Mitwirkung.

Dieses Vorgehen soll dazu beitragen, den zunehmenden Politik-Verdross in der Bevölkerung zu mindern oder gar zu überwinden.

## 3. Die Inhalte

Unser Eindruck zur Zustandsbeschreibung der heutigen Politik ist, dass die Regierungen auf Landes-, Bundes- und Europaebene immer weniger ihre Rolle wahrnehmen, eine klare Zielrichtung vorzugeben. Stattdessen wird seit Jahren mehr und mehr der Mangel verwaltet und vermeintliche Veränderungen in der Form herbeigeführt, dass - anstatt an die Wurzel des Problems zu gehen - mit Kosmetik weitgehend wirkungslose Maßnahmen ausgerollt werden. Die selbst angelegten Fesseln in Form von immer mehr Vorschriften lähmen notwendige Veränderungen und gewünschte Verbesserungen. Wir wollen, dass auf allen Ebenen die Handlungsfähigkeit wieder hergestellt wird und Deutschland seine Innovationskraft wieder entfalten kann.

Folglich stellen unsere nachfolgend ausgeführten Themen unsere Vorschläge und Empfehlungen an die Bürger dar, sowohl hinsichtlich der derzeit wesentlichen gesellschaftlich Aufgabenstellungen als auch bezüglich der aus unserer Sicht geeigneten Art und Weise, wie diese erfolgreich gemeistert werden können.

Wir wollen u.a. Widersprüche auflösen, wie z.B.: einerseits das Streben nach Wachstum, welches im Gegensatz steht zur Endlichkeit der globalen Ressourcen; staatliche Appelle an die Bürger zur Verhaltensänderung, jedoch ohne den Bürgern die Möglichkeiten dafür bereitzustellen bzw. mit Ausnahmen für staatliche Stellen zur Umgehung der Vorgaben (Beispiel: Solardächer sollen auf Häuser, werden aber bei öffentlichen Gebäuden kaum realisiert, alte Dieselfahrzeuge dürfen nicht mehr fahren aber Polizei und Feuerwehr dürfen noch mit roter Plakette fahren)

## I. Staatliche Kernaufgaben

Wir sind der Meinung, dass die Kernaufgaben der Daseinsfürsorge und die Fürsorge für die Grundbedürfnisse der Bürger in die Verantwortung des Staates gehören und finanziell angemessen ausgestattet werden müssen. Das betrifft die folgenden Bereiche

### 1. Verkehr und Infrastruktur

Wir wollen, dass der Öffentliche Personen-Nah-Verkehr (ÖPNV), die Versorgungsnetze und die Datennetze Teil der kommunalen Daseinsvorsorge wird, aus der Verpflichtungen für die Gemeinde einerseits und Ansprüche der Bürger\*Innen andererseits ableitbar sind. Ziel muss es dann sein, dass flächendeckend bedarfsgerechter ÖPNV vorhanden ist, der im Rahmen neuer Mobilitätskonzepte eine ausreichende Alternative zum Individualverkehr bietet.

Im ersten Schritt wären alternative Finanzierungsmodelle auf wissenschaftliche Basis zu untersuchen, unter Beteiligung der Anbieter ÖPNV. Im zweiten Schritt sind die erfolgversprechendsten Modelle den Bürgern zu Entscheidung vorzulegen. Im dritten Schritt ist die Umsetzung durch bundeseinheitliche Vorgaben durch die Kommunen binnen 2-Jahresfrist umzusetzen

Insbesondere in Gebieten fernab von Ballungsräumen stellt eine räumlich und zeitlich akzeptable Bereitstellung von Angeboten im ÖPNV eine enorme Herausforderung für die jeweiligen Anbieter dar. Die Bürgerbewegung befürwortet ein System, durch welches im Rahmen einer hohen Standardisierung und Automatisierung die Verfügbarkeit erhöht und gleichzeitig die Kosten gesenkt werden sollen. Insbesondere das autonome Fahren bietet hier neue und zum Teil noch völlig unerforschte Anwendungsfelder. Hier sollten zusammen mit der Industrie erfolgversprechende Anwendungen definiert und im Rahmen von Forschungs- und Fördervorhaben in praxistaugliche Lösungen vorangetrieben werden.

### 2. Energie

Unser zukünftiges Energiekonzept soll mittelfristig immer nachhaltiger werden, aber nicht um den Preis der Importabhängigkeit. Wir müssen neben der Wind- und Sonnenenergie aber auch Großbatterieanlagen wie die in Schleswig-Holstein als Puffer errichten. Individuelle Stromerzeugung (bspw. Photovoltaik-Anlagen) sollen vereinfacht und der Selbstverbrauch (nach Möglichkeit speicherbasiert) gefördert werden.

Die Versorgung von Haushalten mit Strom, Gas und Wasser sollte nicht weiter privatisiert werden. Diese Grundversorgung soll für alle Bürger gleichermaßen zur Verfügung gestellt werden. Dabei sollen für die Grundversorgung öffentlich / privatrechtliche Mischbetriebe die Verantwortung übernehmen, damit Innovativkraft erhalten bleibt, ohne dass es bei einkommensschwachen Bürgern zu Einschränkungen kommt.

### 3. Gesundheit und Pflege

Wir wollen ein einheitliches und gemeinnütziges Gesundheits- und Pflegesystem.

Das bedeutet, dass Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen nicht gewinnorientiert arbeiten. Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen. Das Kassensystem soll umfänglich umstrukturiert und gestrafft, die Verwaltung reduziert werden. Bürger sollen bei Kosten und Leistungen stärker eingebunden werden (bspw. durch Prämienrückstellungen bei Nichtinanspruchnahme von Gesundheitsleistungen).

Das beinhaltet auch eine faire Bezahlung und Dienstbelastung des medizinischen und des in der Pflege eingebundenen Personals.

Ziel soll es sein, einen gleichmäßigen Zugang der gesamten Bevölkerung bei modernen Behandlungsstandards sicherzustellen.

## II. Sozialstaat und Daseinsvorsorge

1. Wir bekennen uns zum Sozialstaat. Die staatliche Fürsorge muss so gestaltet werden, dass sie die Betroffenen nicht stigmatisiert und mit Bürokratie überfordert. Vor allem darf nicht durch die Gestaltung der Regeln den wirklich Bedürftigen die praktische Hilfe verweigert werden. Aufsuchende, aktive Hilfsmaßnahmen und Förderungen, mit denen Gescheiterte und Benachteiligte in die Gesellschaft geholt werden, sind ein wichtiger Baustein für den sozialen Frieden. Arbeitsfähige dürfen nicht vom Erwerbsleben ausgeschlossen sein.

Der Ausbeutung von prekär Beschäftigten und Wanderarbeitern wollen wir Einhalt gebieten. Hier sind Regulierungen nach unserer Auffassung erforderlich, damit nicht eine Klasse von Entrechteten entsteht. Die Würde des Menschen muss auch als Arbeitskraft gewahrt werden.

Das Angebot von Online zur Verfügung gestellter staatlicher Leistungen (bspw. Kfz-Zulassungen, Beantragung von Ausweisdokumenten) soll deutlich ausgebaut, Ineffizienzen somit reduziert werden.

2. Die Bürgerbewegung setzt sich dafür ein, die o.g. Vielfalt an Wohnformen auch in Zukunft beizubehalten. Wir wollen ebenso das Häuschen auf dem Land wie die attraktive Wohnung im urbanen Hochhaus. Im Sinne des schonenden Flächenverbrauchs halten wir es insbesondere im urbanen Raum für wünschenswert, Neubauten deutlich mehr in die Höhe zu entwickeln als in die Fläche.

Wir halten "Wohnen auf Zeit"-Modelle und Immobilitätsaustauschmodelle für denkbar, bei dem junge Familien - selbstverständlich mit finanziellem Ausgleich - Häuser von älteren Menschen übernehmen, die diesen zu groß und zu unterhaltungsintensiv werden, gleichzeitig können die Senioren aus ihrem zwischenzeitlich zu groß gewordenen Haus in die vormalige Wohnung der jungen Familie ziehen. Bei Bedarf erhalten sie dort sogar den gewünschten Grad an Betreuung durch mobile Pflegedienste oder Haushaltshilfen.

3. Wir fordern einen massiven Ausbau des sozialen Wohnungsbaus. Die Anzahl derartiger Wohnungen muss gegenüber dem heutigen Stand deutlich erhöht werden (Ziel: mindestens verdoppelt). Verkäufe staatlicher Wohnungen (insbesondere an Investoren und Wohnkonzerne) lehnen wir ab.

Mietwohnungen im komfortablen Segment dürfen gerne auf privaten Grundstücken auch von Investoren errichtet werden. Für derartige Mietwohnungen, die auf gemischten Flächen (privat und staatlich) errichtet werden, ist eine ausgewogene durchmischte Sozialstruktur der Bewohner anzustreben, insbesondere auch hinsichtlich des Einkommens. Ghettobildung sowie reine Luxusquartiere sollen vermieden werden.

4. Senioren müssen würdevoll wohnen können. Es sollte die Möglichkeit bestehen, flexibel auf die individuelle Person einzugehen, beispielsweise auch durch Betreuung zu Hause (falls erforderlich), Essensversorgung und im Bedarfsfall auch durch ausreichend viele Pflegeplätze.

Generationenübergreifende Wohnmodelle sowie Mehrgenerationenhäuser finden unsere Unterstützung. Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderung müssen dieser Personengruppe bei all ihrer Vielfalt die bedarfsgerechte Wohnform ermöglichen. Studentischer Wohnraum ist häufig zu knapp. Wir proklamieren, in unmittelbarer Umgebung der Hochschule genügend Wohnraum für Studenten zur Verfügung zu stellen.

### III. Bildung, Familie und Erziehung

1. Schule und Ausbildung sind notwendige staatliche Aufgaben, um die Chancengleichheit für alle jungen Menschen zu sichern. Das ist derzeit nicht gewährleistet. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die sachliche und personelle Ausstattung der Schulen unzureichend ist. Es fehlt darüber hinaus an Instrumenten, um sozial benachteiligte und sprachlich nicht integrierte Menschen auf ihrem Bildungsweg zu helfen. Das Schulsystem muss die Realität zur Kenntnis nehmen, dass eine Mehrheit der jungen Menschen nicht Deutsch als Muttersprache spricht.

2. Auf dem Weg darf niemand verloren gehen! Es braucht deshalb mehr Angebote für Jugendliche, die schulisch gescheitert sind oder Hilfen brauchen, um auf den Weg zu kommen. Schule und Ausbildung müssen Fähigkeiten und weniger Wissen vermitteln und abfragen, denn die Erkenntnisse von heute sind morgen vielleicht überholt und es braucht Fertigkeiten, um auf veränderte Verhältnisse reagieren zu können. Der Lehrerberuf muss aufgewertet werden.

3. Frühkindliche Bildung und qualifiziertes Personal schon für die Kleinsten ist wichtig, auch weil in den Familien häufig keine ausreichende Erziehung mehr stattfindet.

### IV. Mobilität, Verkehr

#### 1. Schienenverkehr

Die Bürgerbewegung steht für den Ausbau des Bahnverkehrs. Die Investitionsmittel für die Bahn sollen dazu erheblich erhöht werden. Dabei soll der Fokus insbesondere beim Transfer des Gütertransports auf die Gleise liegen, was ohne einen zeitnahen und erfolgreichen Abschluss der Projektinitiative Digitale Schiene Deutschland nicht möglich ist.

Seit die Bahn zu einer Aktiengesellschaft ausgebaut wurde haben sich Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit nachweislich gesenkt. Die Zahl der Arbeitsplätze ist dramatisch gefallen und die laufenden Kosten haben sich vervielfacht. Das Prinzip, dass alle Verluste immer durch den Staat abgesichert werden, darf so nicht weitergehen, denn dann benötigt man keinen privatwirtschaftlichen Ansatz.

Es gilt zum einen, mehr Verantwortung von staatlichen Stellen an die Deutsche Bahn zu übertragen, damit diejenigen Bereiche, die die Industrie besser kann, in industrielle Hände kommen. Diejenigen Bereiche, die der Staat besser kann, sollen vollständig zurück in staatliche Hände.

Deshalb fordert die Bürgerbewegung, den Bahnbetrieb vollständig zu privatisieren, das Schienennetz sowie die restliche Infrastruktur in staatlichen Händen zu belassen. Dadurch könnte sich der Staat mit ganzer Kraft auf die Herausforderungen der Modernisierung konzentrieren, während Bahnbetriebe auf der Schiene durch Wettbewerb zur Verbesserung beitragen, wie das bei der Privatisierung der Telekommunikation auch sehr gut funktioniert hat.

Der Ausbau des elektrifizierten Streckennetzes soll ausgeweitet werden, um den Bedarf an Diesel-Lokomotiven zu begrenzen. Wo das nicht möglich ist die Nutzung von umweltfreundlichen Zugmaschinen anzustreben, z.B. mittels Wasserstoff-betriebenen Lokomotiven. Darüber hinaus

Intensivierung von Forschungs- und Fördervorhaben zur Nachrüstung von Zugdächern mit Solar-Technologie.

Im Nahverkehr ist der Gütertransport nahezu ausschließlich den Kraftfahrzeugen vorbehalten – mit den bekannten Auswirkungen. Die Bürgerbewegung unterstützt ein System, dass bestehende Schienensysteme im Nahverkehr auch für den Gütertransport genutzt werden. Diesbezügliche Forschungsvorhaben sollen ausgebaut werden.

## 2. Alternative Antriebe

Elektrische Antriebe werden mittelfristig den PKW-Markt dominieren. Strom muss allerdings auch produziert werden, die langfristigen Konzepte für einen Individualverkehr bedürfen der kritischen Überprüfung.

Der massive Ausbau der Lade-Infrastruktur inklusive der dafür nötigen Stromnetz-Infrastruktur ist erforderlich. Dies wollen wir während der Aufbauphase transparenter gestalten durch vierteljährliche, öffentlich zugängliche Fortschrittsberichte, die insbesondere die Fortschritte bei zuvor erkannten Defiziten darstellen sollen.

Ergänzend dazu soll insbesondere beim Schwerlastverkehr die Wasserstoff-Brennzelle eine immer wichtigere Rolle spielen. Auch Flugzeuge und Schiffe sollen künftig viel weniger klimaschädliche Gase wie CO<sub>2</sub> ausstoßen. Hierzu wollen wir Forschung und Entwicklung vorantreiben. Innerdeutscher Flugverkehr und europäische Städtereisen über das Wochenende sind sowohl ökologisch als auch für die Städteentwicklung schädlich und sollen eingeschränkt werden.

Darüber hinaus wollen wir die Vorbildfunktion des Staates intensivieren. Öffentliche Beschaffung von Kraftfahrzeugen aller Art ohne Verwendung von umweltfreundlichen Antriebsarten sollen nur noch nach einer Machbarkeitsanalyse zulässig sein.

## 3. Transportwege und lokale Versorgung

Die bisherigen Initiativen dieser Bundesregierung sowie ihrer Vorgängerregierungen zur Förderung kurzer Transportwege sind im Rahmen des wachsenden Globalismus weitgehend verpufft. Die Bürgerbewegung setzt sich dafür ein, die insbesondere durch die COVID-19 gewonnenen Erkenntnisse hinsichtlich der nicht mehr gewünschten Abhängigkeiten von Produktionsstandorten im Ausland dafür zu nutzen, neue diesbezügliche Initiativen zu starten.

Erste Ideen hierbei sind die Korrektur der Lieferphilosophie „Just in Time“ und die damit verbundene Verschiebung von Lagerhaltung vom Werk auf die Straße sowie Erarbeitung und Umsetzung neuer Konzepte, die den immensen Anstieg des Versandhandels besser berücksichtigen.

## 4. Umwelt- und Verkehrsbelastungen

Auch bisherigen Initiativen dieser Bundesregierung sowie ihrer Vorgängerregierungen zur Reduktion der Belastungen durch LKWs und PKWs zeigten kaum Wirkung. Dies wird nicht zuletzt auch dadurch dokumentiert, dass sich immer mehr Bürgerinitiativen bilden, die sich für eine diesbezügliche Verbesserung und gegen Verkehrsprojekte einsetzen. Ähnliches zeigt sich bei den verschiedenen Umweltverbänden.

Die Bürgerbewegung will für diese zum politischen Sprachrohr werden. Staatliche initiierte und geförderte Projekte müssen wieder mehr auf wissenschaftlicher Basis fundieren und eine klare Verbesserung erzielen. Dazu müssen ausnahmslos auch alle Verkehrs-Neubauprojekte beitragen.

Ebenso gilt es Lösungen zu finden, die den Wunsch von Motorradfahren nach uneingeschränktem Fahrvergnügen und dem Schutz von Anwohnern vor unzumutbaren Lärmbelastigungen in Ausgleich

bringen. Hinzu kommen die schwer lösbaren Probleme des unvernünftigen Fahrens insbesondere unter Motorradfahrern, die viele Opfer fordern. Gleiches gilt für den Lärmschutz an Gleisen, der nicht ausschließlich durch Lärmschutzwände, sondern beispielsweise auch durch den Ausbau von Flüsterbremsen in Eisenbahnwagons erzielt werden soll.

Gibt es bei solchen Vorhaben verschiedene, aber vergleichbar gute Lösungsalternativen oder ist eine Kompromisslinie zwischen den Betroffenen nicht zu erzielen, sollen die Bürger mehrheitlich entscheiden.

## 5. Gegen Kaufprämien

Erneut zeigt die Kaufprämien-Aktion der Bundesregierung für Elektro-Autos deutlich auf, dass diese Prämien keinerlei Steuerungswirkung entfalten. Anstatt diese Subventionen in unmittelbar wirkungsvolle Projekte zu investieren sind viele dieser Milliarden in den Taschen von Aktionären gelandet.

Die Bürgerbewegung lehnt Kaufprämien für Autos ab. Das Geld soll in erfolversprechendere Projekte investiert werden wie beispielsweise

- Ausbau der Ladeinfrastruktur, hier z.B. durch Ausschreibung von Ladesäulen jeweils nicht unter 10.000 Stück, um mehr Mengenrabatte zu erzielen
- Erhöhung der Investitionen in die E-Mobilität des öffentlichen Nahverkehrs
- Forschung in die Entwicklung von Batterie-Produktion, -Entsorgung und -Recycling
- Forschung in die Entwicklung anderer alternativer Technologien (z.B. Antriebe, Kraftstoffe, ...)
- früherer Ausstieg aus der Technik des Verbrennungsmotors, dabei Einsatz von Erkenntnissen anderer Länder mit kürzen Ausstiegsfristen als in Deutschland

## 6. Gesetzesverschärfungen

Der Ruf nach schärferen Gesetzen, insbesondere bei Lärm, Luftverschmutzung sowie bei Treibhausgas-Emissionen hat Konjunktur, ist häufig öffentlichkeitswirksam und schießt genauso häufig über das Ziel hinaus. Die Hauptursachen hierfür sehen wir darin, dass VOR Wahlen die diesbezüglichen Entscheidungen zunehmend aus wahltaktischen Gesichtspunkten heraus getroffen werden, NACH Wahlen zu häufig einzelne Partikularinteressen vertreten werden und dass wissenschaftliche Beteiligung zumeist nur durch eine wissenschaftliche Disziplin erfolgt.

Die Bürgerbewegung setzt sich dafür ein, diesbezügliche Entscheidungen grundsätzlich auf breiter, wissenschaftlicher Basis zu fällen. Hierzu sollen insbesondere auch wissenschaftliche Disziplinen Gehör finden, die womöglich zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen als die 'Etablierten'.

Darüber hinaus muss die Überprüfung der Einhaltung von schon bestehenden Regulierungen immer Vorrang haben vor der Schaffung neuer Gesetze.

Die Entscheidungsfindung muss wissenschaftliche Erkenntnisse immer berücksichtigen. Sollte die Entscheidung dennoch anders lauten ist diese immer und öffentlich zugänglich zu begründen.

## V. Umwelt und Energie

Jeder wünscht sich eine intakte Natur und Umwelt, saubere Flüsse, Seen und Meere, erholsame Wälder und schöne Landschaften. In den Naturkreisläufen ist alles mit allem irgendwie verknüpft. Uns muss bewusst sein, das jegliches menschliches Handeln in irgendeiner Form auch Auswirkungen auf unseren Lebensraum hat. Einfluss auf klimatische Veränderungen, Artensterben, mit Plastikmüll in den Meeren und das Verschwinden von Pflanzen sind nur die augenscheinlichsten Auswirkungen.

Doch auch die „kleinen Nuancen“ von Veränderungen können letzten Endes von großer Tragweite sein. Daher muss oberstes Ziel sein zu einem weitreichenden Umdenken in der Gesellschaft zu kommen. Stets das Bewusstsein zu haben, ob ein schädlicher Einfluss auf die Natur gegeben ist und wie man die Auswirkungen so gering wie möglich halten kann.

Klimawandel, steigende Bevölkerungszahlen weltweit, Fortschreitung von Industrialisierung und Digitalisierung, Einzug von Technologielösungen im Privathaushalt und vieles mehr sorgen für einen stetig steigenden Energiebedarf bei uns und weltweit. Parallel hierzu entwickeln sich auch neue Möglichkeiten, die zu einer Deckung des Energiebedarfs beitragen können. Wir sind jedoch nicht der Ansicht, dass wir die Möglichkeiten bereits ausschöpfen.

Initiativen der privaten Stromerzeugung wurden in den letzten Jahren kaum gefördert, bestehende Regelungen systematisch zurückgefahren. Wir haben erheblich Zweifel daran, dass ein Systemwechseln möglich ist, wenn auch künftig Partikular-Interessen im Mittelpunkt der Entscheidungsfindung stehen.

Politik soll hier als Richtungsgeber fungieren und Rahmenbedingungen für nachhaltiges Handeln setzen. Dies darf aber nicht primär durch eine Verbotspolitik oder „Regelungswut“ erfolgen, sondern es müssen ausbalanciert auch Anreize geschaffen werden. Auch die Reduzierung von Vorschriften kann für mehr Nachhaltigkeit sorgen. Letzten Endes ist es jedoch unsere aller Aufgabe, durch Anpassung unseres Verhaltens für eine Verbesserung im Bereich Umwelt zu sorgen.

## 1. Plastikmüll

Der Erfolg des Plastiks basiert im Wesentlichen auf der Kombination von niedrigen Kosten, geringem Eigengewicht und seinen vielfältigen Einsatzmöglichkeiten. Der wesentliche Nachteil besteht darin, dass Wiederverwendungsmöglichkeiten nur begrenzt zur Verfügung stehen und der natürliche Abbau von Plastik viele Generationen dauert.

Um der Ausbreitung der Vermüllung durch Plastik Herr zu werden gibt es aus Sicht der Bürgerbewegung keinen Königsweg. Dies lässt sich nur durch ganz viele, kleinere und größere Schritte erzielen und benötigt insbesondere dabei auch eine Verhaltensänderung beim Verbraucher.

Viele dieser Schritte müssen gleichzeitig und sofort angegangen werden und die Bürgerbewegung tritt dafür ein, dass nicht nur diejenigen Wege bestritten werden, bei denen der geringste Widerstand zu erwarten ist. Die Liste der kleinen Schritte ist sehr lang und wir wollen uns deshalb an dieser Stelle auf einige wenige, möglicherweise repräsentative Alternativen beschränken

- Ein deutlich spürbarer Preis für jede Plastiktüte, außer sie ist vollständig kompostierbar
- Die „to-go“ Kultur durch alternative Konzepte sinnvoll anpassen und ergänzen. Das müssen nicht nur der Mehrweg-Becher oder moderne Mehrweg-Systeme bei Lieferdiensten sein. Für uns ist ein Verbot von Plastikbechern, die dann durch beschichtete Papp-Becher ersetzt werden, welche noch weniger recyclingfähig sind, kein geeignetes Konzept. Wir sind offen für neue Ideen und Innovationen.
- Es existieren bereits gute „unverpackt“-Konzepte. Hier gilt es, diese zu unterstützen und neue Ideen in geeigneter Weise zu fördern



## 2. Artenschutz

Die Bürgerbewegung sieht beim zunehmenden Artensterben im Wesentlichen zwei Kernursachen, die es anzugehen gilt. Zum einen liegt dies in der derzeit praktizierten Form bei der Verwendung von Insektiziden und schädlichen Stoffen sowohl in der Landwirtschaft wie auch im heimischen Garten. Zum anderen im zunehmenden Flächenfraß. Bei beidem gilt es, in geeigneter, auf wissenschaftlicher Basis begründeter Art und Weise umgehend gegenzusteuern.

Wir setzen uns dafür ein, dass fachkompetente Gremien hierzu zeitnah umsetzbare Lösungswege erarbeiten, über die dann in Form der Bürger-Mitbestimmung entschieden wird. Wir können uns derzeit beispielsweise folgende Lösungsansätze vorstellen:

- Flächen dürfen künftig nur noch dann versiegelt werden, wenn dafür gleichzeitig an anderer Stelle gleichgroße Flächen wieder entsiegelt werden. Dies wäre gleichzeitig gut für die Umwelt und würde neue Arbeitsplätze schaffen. Hier sehen wir zunächst Bund, Länder und Kommunen in einer Vorreiterrolle, die über viele ungenutzte und versiegelte Flächen verfügen ;
- Höhere Investitionen in die Forschung bzgl. umweltgerechterer Schädlingsbekämpfungsmittel;
- Initiativen zum vollständigen Verzicht von Insektiziden in privaten Haushalten, z.B. durch Rückbesinnung auf bewährte, natürliche Mittel.

## 3. Energiepreise

Energie ist ein Grundbedürfnis und darf sich nicht zum Luxusgut entwickeln. Wir halten den Klimaschutz sowie die Energiewende für eine Staatsaufgabe.

Bei den Strompreisen liegt Deutschland haben in Europa ganz vorne. Das liegt insbesondere am staatlichen Anteil, der inzwischen bei über 50% liegt und über die EEG-Umlage auf die Verbraucher umgelegt wird. Beim Bürger haben diese Belastungen zwar zu hohen Kosten, aber eben kaum zu einem Umdenken bei m Stromverbrauch geführt. Deshalb gilt es, geeignetere Verfahren zu finden, um einen niedrigen Stromverbrauch besser zu belohnen als nur über den Preis und gleichzeitig sicherzustellen, dass niemandem mehr, nur weil er arm ist, der Strom abgestellt wird.

Wir könnten uns hier beispielsweise progressive Energie-Kosten vorstellen, z.B. beim Steueranteil. Je mehr man verbraucht, desto spürbar höher die Kosten. Darüber hinaus muss selbstgenutzte Energieerzeugung wieder mehr gefördert werden. Die Reduktion dieser Förderung im letzten Jahrzehnt war energie- und klimapolitisch ein Fehler. Hier sollte aus unserer Sicht beispielsweise eine Besteuerung auf selbst erzeugter Energie bei Netzeinspeisung durch private Haushalte vollständig entfallen.

Darüber hinaus sollte die Besteuerung von Kraftstoffen dringen überarbeitet werden. Exemplarisch genannt seien hier die überholten Steuervorteile bei Diesel und Kerosin. Auch die KFZ-Steuer ist systematisch verfehlt, weil sie nur das Halten eines Autos besteuert, ohne dass es auf seinen Betrieb ankommt.

#### 4. Alternative Energien

Alternative Energieformen müssen erheblich rascher erforscht und eingeführt werden als dies in den letzten Jahren der Fall war. Hier ist mehr Innovationskraft gefordert, bürokratische Hürden müssen konsequent abgebaut und erfolgversprechende Lösungen intensiver gefördert werden. Dies gilt sowohl für den industriellen wie auch für den privaten Sektor. Beispielweise könnte dies Folgendes sein:

- Die Entwicklung alternativer Kraftstoffe vorantreiben und die Zulässigkeit der Nutzung fossiler Kraftstoffe zeitlich begrenzen, wie das beispielsweise für den Verkauf von Kraftstoffmotoren bei PKWs zurzeit diskutiert wird.
- Der Ausbau der Solarenergieerzeugung/Photovoltaik. Dabei sollen bereits zur Verfügung stehenden Flächen (Z.B. Dächer, Parkplätze usw.) genutzt werden, ohne dass es zu einer Erhöhung der Flächenversiegelung kommt. Auch hier sehen wir den Staat in einer Vorreiterrolle, insbesondere bei Neubauvorhaben von Behörden und behörden-ähnlichen Einrichtungen.
- Erzeugung von alternativen Energien dort, wo sie auf geeignete Art und Weise zu einer Verbesserung beitragen. Wir können es uns beispielsweise nur in Ausnahmefällen vorstellen, dass eine Waldrodung für Windkrafträder eine präferierte Lösung darstellen kann. Ebenso wenig sinnvoll ist es in unseren Augen, wenn Windkrafträder an Orten platziert werden, bei denen die jährlich erzeugbare Energie aufgrund der naturbedingt unzureichenden Windmenge eine bestimmte Menge nicht erreichen wird.
- Aber auch die Unzumutbarkeit bei der Akzeptanz von Neubauten für alternative Energieerzeugung muss kritisch hinterfragt werden.

#### 5. Schadstoff Emissionen

Zusätzlich zu den Schadstoff Emissionen im Straßen- und Luftverkehr gibt es in Deutschland viele Bereiche, bei denen diese kaum oder gar nicht limitiert werden. Hier gilt es endlich dafür zu sorgen, dass gleichartige Regelungen für alle gelten.

Beispielsweise gehen rund 2 Prozent der deutschen und 8 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen auf die Zementherstellung zurück. Dabei gelten in Deutschland für Zementwerke weit weniger strengen Auflagen wie beispielsweise für Entsorgungsunternehmen aufgrund eines Zusatzes im Bundesemissionsgesetz, der besagt, dass die strengen Vorgaben nicht für die Zementindustrie gelten. Während klassische Müllverbrennungsanlagen mit hochentwickelten Systemen arbeiten, nutzen Zementwerke nur einfache Filter. Folglich verbrennen viele Zementwerke zur Energiegewinnung praktisch alles was sie kriegen können - neben normalen Müll auch Sondermüll wie Klärschlamm, Plastikmüll und sogar Altöl. Die Bürgerbewegung fordert, dass die

gesetzlichen Regelungen für Zementwerke denen herkömmlicher Müllverbrennungsanlagen gleichzustellen und dadurch auch den Müll-Tourismus zu reduzieren.

Exemplarische sei hier auch die industrielle Schifffahrt genannt als einer der Hauptverursacher von Luftverschmutzung in Europa. Ihre schmutzigen Abgase – Ruß, Stickoxide, Schwermetalle, Sedimente, Feinstaub, und Schwefeloxide – gefährden neben der Gesundheit und der Biodiversität insbesondere auch das Klima. Die weitreichenden Ausnahmeregelungen müssen aufgehoben werden. Die Bürgerbewegung setzt sich dafür ein, in deutschen Hoheitsgewässern sowie in allen deutschen Häfen in einem Stufenplan mittelfristig ein umfassendes Verwendungsverbot von Schweröl (HFO) zu erreichen. Ersatzweise stehen bereits heute alternative Technologien und emissionsarme Treibstoffe wie Liquefied Natural Gas (LNG) zur Verfügung.

## 6. Landwirtschaft

Die Entwicklung der Landwirtschaft geht in eine falsche Richtung und muss umgesteuert werden. Es ist falsch, landwirtschaftliche Großbetriebe zu fördern und die ortsnahe kleinen Betriebe zu behindern. Formen der landwirtschaftlichen Nebenerwerbstätigkeit müssen gefördert werden und sind auch unter dem Aspekt des Verbraucherschutzes nicht bedenklich. Für Lebensmittel müssen auskömmliche Preise bezahlt werden.

## VI. Demokratie und Recht

Der Kern der Demokratie wie des Rechtsstaates besteht darin, dass die Entscheidungen nicht in den Händen der unmittelbar Betroffenen liegen. Das Rechtssystem wie die demokratischen Institutionen sind mit dem Ziel zu organisieren, gleichmäßige, sachkundige und berechenbare Entscheidungen herbeizuführen. Dabei müssen die Betroffenen gehört werden, aber deren Willen und Interessen sind nicht absoluter Maßstab. Unter diesem Ziel soll die staatliche Ordnung gestaltet sein. Wir sind offen für neue Konzepte der demokratischen Mitwirkung, die auf der gelosten Zusammensetzung beratender oder auch entscheidender Gremien beruhen. Elemente der direkten Demokratie können für dieses Ziel sinnvoll sein, Kernaufgabe muss aber die enge Anbindung der konstitutionellen Organe an die Realität der Bevölkerung sein. Wie diese Anbindung mit der notwendigen persönlichen Unabhängigkeit der Entscheidungsträger vereinbart werden kann, sollte im Sinne eines neuen Gesellschaftsvertrages überdacht werden.

Im Konkreten halten wir es für wichtig, dass Listen und Gremien im Sinne einer aktiven Ermutigung mit Menschen besetzt werden, die berufliche und praktische Sachkunde mitbringen und sie in der politischen Arbeit umsetzen können. Begrenzungen der Wiederwahl von Abgeordneten können ein Mittel sein, um der Bildung einer politischen Klasse entgegenzuwirken, die sich wegen der geringen Erfahrung außerhalb des politischen Betriebs leicht von der gesellschaftlichen Realität entfremdet. Darüber hinaus entstehen durch das Berufspolitikertum in seiner heutigen Gestalt Abhängigkeiten und Zwänge, die die unabhängige Entscheidungsfindung beeinträchtigen. Wenn Politiker längere Zeit im politischen Betrieb verbleiben, sollte das nicht nur auf einer mittelbaren Legitimation durch die Wähler beruhen, sondern auf direktem Mandat.

Gerade in diesen Zeiten der Polarität muss das Recht gleich gegen Jedermann gelten und umgesetzt werden. Unsere Demokratie wird zu Recht wehrhaft genannt, aber sie darf sich gerade von ihren Feinden nicht nachsagen lassen, dass ihre Grundsätze nicht gleichmäßig angewendet werden. Genauso wenig können wir akzeptieren, wenn das Recht mißbraucht und nicht ernst genommen wird. Das Recht bildet den Rahmen auch für den politischen Prozess und darf nicht zur Disposition von politischen Wünschen stehen.

## VII. Wirtschaft und Steuern

Das Rückgrat unseres Wirtschaftssystems sind die kleinen und mittleren Unternehmen. Deren Entfaltungsmöglichkeiten sind auch ein Teil der Freiheit und Chancengleichheit. Wir wollen deshalb, dass durch schlanke und klare Regulierungen ein sicherer Rahmen für diese wirtschaftlichen Bereiche geschaffen wird. Wir wollen keine Überregulierung, die den großen Unternehmen Wettbewerbsvorteile verschafft und zu weiterer Konzentration am Markt führt. Auch der Verbraucherschutz soll von einem mündigen Verbraucher ausgehen, der verantwortliche Entscheidungen trifft und dessen Schutz nicht so weit geht, dass er kleine und mittlere Unternehmen organisatorisch und finanziell überfordert.

Dem muss auch das Steuersystem entsprechen, das in Deutschland dringend einer grundlegenden Reform bedarf. Soweit die Steuern nicht nur der Finanzbeschaffung für den Staat, sondern auch der Steuerung des Verhaltens der Bürger durch Anreize oder Belastungen dienen, darf das nur mit klarer und einheitlicher Zielsetzung erfolgen. Das setzt voraus, dass nicht durch gegenläufige Einzelregelungen ein System geschaffen wird, dessen Komplexität nur Große für sich nutzen können. Das setzt auch voraus, dass die vielen Kleinsteuern abgeschafft werden, bei denen die Kosten der Steuererhebung nicht im Verhältnis zu den erzielten Einnahmen stehen. Die Subventionierung verheirateter Paare ohne Kinder durch die Splittingtabelle ist heute ebenfalls nicht mehr vertretbar.

## VII. Europa und Flüchtlinge, Frieden

Die Bürgerbewegung bekennt sich zur Europäischen Union. Freizügigkeit und Handel sind Vorteile, die das Leben besser machen, hinzu kommt dass Europa ohne ein einheitliches Handeln in der Welt kein ausreichendes Gewicht mehr haben wird. Dass die Strukturen der Europäischen Union verbessert und demokratisiert werden müssen, steht dem nicht entgegen. Die Lasten müssen unter den Ländern solidarisch getragen werden, auch Deutschland muss dabei seinen Beitrag leisten.

Flüchtlinge müssen als Realität und Folge der Verhältnisse in der Welt akzeptiert werden. Wenn sie in Deutschland sind, müssen sie ordentlich behandelt werden und dürfen nicht weggeschickt werden, wenn sie eine Ausbildung absolvieren und entsprechend Deutsch sprechen. Deutschland kann aber nicht jeden aufnehmen und darf den Zuzug begrenzen, wenn die Flüchtlinge nicht mehr bewältigt werden können. Dabei kommen Verfolgte und politische Flüchtlinge vor Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen auswandern wollen. Wer hier lebt, sich zu diesem Land bekennt und

deutsch spricht, soll auch bei der politischen Willensbildung mitwirken können. Wir erwarten aber auch, dass Zugezogene unsere Regeln und unsere Kultur respektieren.

Deutschland soll nach unserer Auffassung nicht nur ein Land des Friedens sein, sondern auch international für die Verständigung der Völker eintreten. Unser Land soll weltoffen sein, andere Länder und Völker respektieren und gegen Nationalismus auftreten.

Wir stehen für einen respektvollen Umgang im öffentlichen und politischen Diskurs. Miteinander zu reden ist wichtig und muss zugelassen werden. Wir wollen nicht, dass politische Debatten nur unter Gleichgesinnten geführt werden. Anonymität ist gefährlich und kann brutal werden. Wir wollen deshalb, dass die politischen Akteure und die Meinungsäußerer alle einen Namen haben und auch in ihre Schranken gewiesen werden, wenn sie unduldsam oder intolerant sind.